

Rheingauer Bote

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag. Bezugspreis: vierteljährlich Mk. 6.—, in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 5.80. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.— ohne Bestellgeld.
Verantwortlicher Schriftleiter: Karl Meier

Rüdesheimer Zeitung Amtliches Bekanntmachungsblatt

Fernsprecher 295.

Anzeigenpreis: 25 Bfg. für die einpaltige Zeile, für auswärtige Anzeigen 30 Pfennig. Textzeile im Reklamenteil 90 Pfennig. — Bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Nachsch. Druck und Verlag:
H. Meier's Buchdruckerei, Rüdesheim a. Rh.

Nummer 116.

Montag, den 4. Oktober 1920.

44. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachungen.

Betr. Erhöhung des Brotpreises.

Auf Antrag der Vereinigung der Rheingauer Bäckermeister fand am 25. September 1920, vormittags, im Kreishaufe hier eine gemeinsame Sitzung von den Vertretern des Kreisausschusses und der Bäckervereinigung statt. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen kann sich der Kreisausschuß der Ansicht nicht verschließen, daß die Erhöhung des Brotpreises um 20 Bfg. auf 4.50 Mk. erforderlich ist. Da seit dem 15. September 1920 der Nehtpreis um 7.— Mk. für 100 Kg. erhöht wurde, ist aus diesem Grunde eine weitere Heraussetzung des Brotpreises um 10 Bfg. notwendig.

Nachdem die Bäckervereinigung ihre weitergehende Forderung fallen gelassen hat, wird hiermit auf Grund der §§ 58 ff. der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 unter Abänderung der Anordnungen des Kreisausschusses vom 11. Februar 1920 bezw. 11. Mai 1920 folgendes bestimmt:

Der Höchstpreis für ein 1900 Gramm schweres Brot wird auf

4.60 Mk.

festgesetzt.

Die Anordnung tritt mit dem 4. Oktober 1920 in Kraft.

Rüdesheim, den 28. September 1920.

Der Kreisausschuß des Rheingautreises.

Dr. Mühlens.

Unsere Bekanntmachung über die Beiträge zur Invalidenversicherung im Kreise Rheingau vom 24. Dezember 1913 wird infolge Änderung der Satzungen für die Mitglieder der nachbezeichneten Krankenkasse vom 31. Mai 1920 ab wie folgt geändert:

Ziffer 1.

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Gemeinden des ehemaligen Amtes Rüdesheim am Rhein.

Stufe 1: Wochenbeiträge der Lohnklasse 3 zu jezt Mk. 1.10.

Stufe 2—12: Wochenbeiträge der Lohnklasse 5 zu jezt Mk. 1.40.

Unständig Beschäftigte ab 5. Juli 1920:

a) männliche und weibliche Personen: Wochenbeiträge der Lohnklasse 5 zu jezt Mk. 1.40,

b) Lehrlinge und Lehrladchen: Wochenbeiträge der Lohnklasse 4 zu jezt Mk. 1.20.

Wenn im Voraus für Wochen, Monate, Vierteljahre oder Jahre eine feste, bare Vergütung vereinbart ist, so sind Beiträge derjenigen Lohnklasse zu zahlen in deren Grenzen diese bare Vergütung fällt, sofern diese Beiträge höher sind, als die nach der vorstehenden Bekanntmachung maßgebenden — § 1247 der R. V. D.

Cassel, den 20. August 1920.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau.

In Vertretung: Ved.

Infolge der Eimerntung der Kartoffeln finden am Mittwoch, den 6. und Donnerstag, den 7. ds. Mts., ausnahmsweise Feldertage für diejenigen Personen statt, welche Kartoffeln eimernten wollen.

Am Freitag, den 8. ds. Mts., findet der allgemeine Feldertag statt.

Alle diejenigen Personen, welche an den beiden erst genannten Tagen Kartoffeln eimernten wollen, so wie an dem allgemeinen Feldertag landwirtschaftliche Erzeugnisse einzuernten haben, ist an diesen Tagen gestattet, mit einem vorher auf dem Bürgermeisteramt, Zimmer 7, beschafften Erlaubnischein die Gemarkung zu betreten. Ohne polizeilichen Erlaubnischein ist das Betreten der Gemarkung verboten.

Das Mitnehmen von Kindern unter 14 Jahren ist strengstens untersagt.

Rüdesheim, den 4. Oktober 1920.

Die Polizeiverwaltung: Neumann.

Der Stundenplan der Fortbildungsschule für das Winterhalbjahr wird festgelegt:

1. Kaufmännische Berufsklasse:

Dienstag und Freitag von 7—10 Uhr vorm.

2. Klasse für Nahrungsmittelgewerbe:

Donnerstag von 7—11 Uhr vorm.

3. Gemischte Berufe, Unterstufe:

Mittwoch von 7—12 Uhr vorm. und

Freitag von 5—7 Uhr nachm.

4. Gemischte Berufe, Mittel- und Oberstufe:

Mittwoch von 5—7 Uhr nachm. und

Freitag von 7—12 Uhr vorm.

Die Unterrichtsstunden sind ab heute wieder im Schulhause.

Rüdesheim, den 2. Oktober 1920.

Der Schulleiter: Bertram, Rektor.

Genehmigt und veröffentlicht.

Der Magistrat: Neumann.

Rüdesheim, den 2. Oktober 1920.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 1. Okt. Die preussische Landesversammlung räumte in ihrer heutigen Sitzung mit einer Anzahl Kleinigkeiten aus. Eine kleine Anfrage hatten der Erlass des Unterrichtsministeriums zum Gegenstand, der wahlmündigen Schülern den Beitritt zu parteipolitischen Vereinigungen und zur Teilnahme an ihren Veranstaltungen verbietet. Alle Parteien des Hauses waren damit einig, daß die Parteipolitik der Schule fernbleiben müsse. Ein Zentrumsantrag, der von dem Abg. Esser begründet wurde, ersucht die Regierung, öffentliche Arbeiten, namentlich Instandsetzungen an staatlichen Gebäuden, jezt in möglichst großem Umfange vorzunehmen und dabei das Handwerk und besonders seine Organisationen angemessen zu berücksichtigen. Auch in dieser Frage gab es zwischen den Parteien keine Meinungsverschiedenheit. Der Antrag ging an den Hauptauschuß. Nach weiteren unerheblichen Debatten verlagte sich das Haus auf nächsten Mittwoch. Nach dem Vorschlag des Präsidenten sollte auch die namentliche Abstimmung über das Kirchenaustrittsgesetz auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Abg. Borsch erhebt aber dagegen Einspruch, weil es nicht üblich sei, namentliche Abstimmungen über wichtige Vorlagen an die Tagesordnung der ersten Sitzung nach einer Verhandlungspause zu setzen. Der Gegenstand wurde infolgedessen von der Tagesordnung abgesetzt. Am Mittwoch soll u. a. über den Antrag Adolf Hoffmann auf Sozialisierung des Lichtpreises beraten werden.

Ein Reichsmietengesetz.

Berlin, 29. Sept. Im Reichsarbeitsministerium wurde am Dienstag der Entwurf eines Gesetzes über Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz) den Vertretern der Hausbesitzer, des Deutschen Städtetages, der Handelskammern, der Baugenossenschaften und anderer interessierter Körperschaften vorgelegt. Der Entwurf will eine vollkommene Umbildung des Wohnungswesens in der Weise, daß der Betrag der Mieten nach bestimmten Grundsätzen vorgeschrieben wird nach der Höhe der notwendigen Betriebskosten und der Instandhaltungskosten und der Friedensmiete. Die Regierungsvertreter Dr. Glaz und Dr. Debel betonten, daß der Entwurf nicht als Werk des Reichsarbeitsministers herausgehe, sondern erst die Grundlage bilden soll für eine neue reichsgesetzliche Regelung der Materie. Die Notwendigkeit dafür ergibt sich daraus, daß die Häuser immer mehr dem Verfall preisgegeben werden und die Hausbesitzer bei den herabgesetzten Mieten nicht mehr die Mittel für größere Reparaturen erhalten. Andererseits muß auch den Mietern die Sicherheit gewährt werden, daß die von ihnen aufgebrauchten Mittel auch wirklich zur Instandhaltung des Hauses verwandt werden.

Der Gesetzentwurf sucht diesen Zweck dadurch zu erreichen, daß er dem Hauswirt die Verzinsung seines Eigenkapitals und der Belastung durch die Mieten garantiert und darüber hinaus die Mieter zu den Betriebs- und Instandhaltungskosten heranzieht. In der lebhaften Aussprache, die einen vollen Tag in Anspruch nahm, wurde besonders von den Hausbesitzer-Vertretern der Entwurf bekämpft, weil er nach ihrer Meinung die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen vereiwige und die Grundrente aufhebe. Die Mietervertreter stimmten dem Grundgedanken der Vorlage zu, bezeichneten aber die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfes als unannehmbar. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß auch von den Führern der Hausbesitzerorganisationen die Notwendigkeit der Beibehaltung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen anerkannt wurde. Sie wandten sich aber gegen die in der Vorlage vorgesehene obligatorische Einführung von Mieterausschüssen. Die Vertreter des Deutschen Mieterbundes überreichten eine Reihe von Abänderungsvorschlägen, die darin gipfelten, daß den Mietern ein Kontrollrecht darüber gesichert werden müsse, daß die durch das Gesetz geplanten gesetzlich erhöhten Mieten auch tatsächlich nur zur Verzinsung des Hauskapitals und zur Unterhaltung und Instandsetzung der Häuser verwendet werden.

Dr. Brauns über die Erwerbslosenfürsorge

Dresden, 30. Sept. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns äußerte sich gegenüber einem Vertreter der Telegraphen-Union wie folgt: Die Reichsregierung sucht das Problem der Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln zu lösen. Heute ist sie zu stundenlanger Beratung mit der sächsischen Regierung zusammengetreten. Sie verteuert die Bedeutung des Problems keineswegs. Die Reichsregierung ist der Überzeugung, daß die Lage in Sachsen besonders schwierig ist, denn Sachsen ist gewissermaßen eine einzige große Industriestadt, die Fertigfabrikate liefert. Sie hat sich schon vor dem Kriege meist nur mit der Herstellung von Luxuswaren beschäftigt. Infolgedessen ist die Frage des Arbeitslosenproblems hier ganz besonders schwierig. Eine absolut genaue statistische Erfassung der Erwerbslosen ist noch nicht möglich gewesen. Soviel aber heft fest, daß die Zahl der Vollerwerbslosen mindestens eine Million beträgt und die Zahl der sogenannten Kurzarbeiter, die oft nur zwei Stunden beschäftigt sind, eineinhalb bis zwei Millionen. Wir haben also in Deutschland etwa drei Millionen Erwerbslose. Die Dauer der Erwerbslosigkeit ist bei vielen sehr lang. Die Stadt Berlin hat allein 440.000 Kinder Erwerbsloser zu ernähren. Leider hat man im Ausland noch keinen rechten Begriff von dieser Not in Deutschland. Im Ausland ist man bereits mit dem Abbau der Erwerbslosigkeit beschäftigt. Grund der starken Erwerbslosigkeit in Deutschland ist einmal die Weltwirtschaftslage, dann aber auch sind es die wirtschaftlichen Konsequenzen des Versailler Vertrages. Dieser Vertrag nimmt Deutschland einfach die Erwerbsmöglichkeiten. Er droht die deutschen Finanzen völlig zu ruinieren und die Bevölkerung dem Hunger entgegen zu treiben. Weite Kreise in Sachsen stehen vor der Verzweiflung. Die Regierung muß bestrebt sein, das Menschenmögliche zu leisten. Die Lösung des Problems ist eine Pflicht der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik. Die Reichsregierung hat die sechs in Frage kommenden Ministerien beauftragt, ein Programm zu entwickeln. Einzelheiten darüber kann ich leider noch nicht mitteilen. Wir kommen in Deutschland um eine Umstellung unserer Wirtschaft nicht herum. Besonders wichtig ist die Erzeugung der Nahrungsmittel und der gewerblichen Rohstoffe. Die Fertigfabrikatindustrie soll dabei nicht vernachlässigt werden. Allerdings ist die alte Miete ausgeschlossen. Eine Vereinfachung unserer Wirtschaft ist nötig. Die viel zu vielen Zwischenglieder zwischen Produzenten und Konsumenten müssen überwunden werden. Nur dieser eine Weg ist gangbar. Alle beteiligten Kreise müssen die Initiative ergreifen. Die sächsische Textilindustrie muß sich zusammenschließen, um einheitliche Aufträge entgegenzunehmen. Auch die Konsumenten müssen organisiert werden und zwar müssen das entweder die Genossenschaften oder große Korporationen in die Wege leiten. Die Krisis liegt nicht daran, daß kein Warenangebot vorhanden ist, sondern daß die Ware einfach wegen der hohen Preise nicht bezahlt werden kann.

Die Reichsregierung wird große Kredite zur Verfügung stellen und zwar nicht nur den öffentlichen, sondern auch den privaten Institutionen. Die Reichsregierung hat bereits Beihilfen für

langfristige Erwerbslose bewilligt. Soeben hat sie auch große Summen für Winterbeihilfen an die Erwerbslosen ausgeworfen, außerdem die sogenannte Karrenzeit für Kurzarbeiter aufgehoben. Die Reichsregierung muß den Verhältnissen in Sachsen ihre ganz besondere Fürsorge zuteil werden lassen, denn die deutsche Gesamtheit ist daran interessiert. Für Sachsen muß jedenfalls mehr getan werden, als für die anderen deutschen Freistaaten; denn Sachsen kann das nicht allein leisten, was unbedingt nötig ist. Der Minister schloß mit der Aufforderung: Helfen Sie mit, über die Schwierigkeiten des Winters hinwegzukommen. Die Notpresse allein kann nichts schaffen. Wir müssen zu einer anderen Lösung der Probleme gelangen."

Deutschland und der Völkerbund.

Braunschweig, 1. Okt. Auf dem gestern hier eröffneten Pazifik-Kongress hielt Legationsrat von Prittvis folgende Ansprache:

Der Reichsminister des Auswärtigen hat besonderen Wert darauf gelegt, das Auswärtige Amt bei Ihrer Veranstaltung vertreten zu sehen. Der Gegenstand der Tagesordnung des neunten deutschen Pazifik-Kongresses erfordert die größte Aufmerksamkeit. Die Rettung der deutschen Außenpolitik und die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ist immer mehr in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten. Wie wir wissen, hat die Tagespresse mehrfach Nachrichten über Vorschläge gebracht, die wegen der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund von neutraler und selbst alliierter Seite ausgegangen sein sollen. Die deutsche Regierung hat keine amtliche Kenntnis von irgendwelchen derartigen Schritten. Sie muß aber selbstverständlich damit rechnen, daß sie über kurz oder lang in dieser Angelegenheit vor die Entscheidung gestellt sein wird. Um so wertvoller werden für sie die sachkundigen Erörterungen des heute beginnenden Kongresses sein und um so dankbarer wird sie alle Anregungen entgegennehmen, die aus ihrer Mitte an sie herantreten.

Die deutsche Regierung verkennt die Schwächen nicht, die die Völkerbundsakte des Versailler Vertrages enthält. Ich darf im einzelnen an die Denkschrift erinnern, die die deutsche Friedensdelegation in Versailles überreicht hat. Dennoch würde der Beitritt Deutschlands zweifellos auch für uns mancherlei Vorteile bieten, insbesondere auf dem Gebiete der internationalen Rechtsbeziehungen und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Aus diesem Grunde ist Deutschland für die Bemühungen seiner Freunde und der Einsichtsvollen unter seinen Gegnern dankbar, die seinen Eintritt in den Völkerbund betreiben. Aber es liegt für Deutschland keine Veranlassung vor, sich zu der Aufnahme in den jetzigen Völkerbund zu drängen, solange in der Nähe unserer Grenze Krieg geführt wird. Es könnte unsere Bindung durch die jetzt gültige Völkerbundsakte eine Gefahr werden für Deutschlands stetige entschlossene Neutralitätspolitik. Solange ferner Großmächte, wie die Vereinigten Staaten Nordamerikas und Rußland, nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, bleibt der Zweckgedanke der Bundsakte verkrüppelt. Wenn die Zeit gekommen sein wird, wo Deutschland in den Völkerbund eintritt, wird von dem mangelhaft organisierten Völkerbund an einen besser zu organisierenden zu appellieren sein. Bislang hat es mit seinen Verurteilungen an den Völkerbund allerdings trübe Erfahrungen gemacht. Ich erinnere an die Behandlung der Frage Cuppen-Ralmédy. Aber Deutschland gibt die Hoffnung auf eine gerechtere Behandlung internationaler Fragen nicht auf und sieht namentlich in der Entwicklung des Schiedsgerichtsgedankens eine wesentliche Aufgabe der künftigen Völkergemeinschaft. Zu diesem Ziele möge der bevorstehende Kongress einen entschlossenen Schritt nach vorwärts bedeuten.

Braunschweig, 2. Okt. Der gestern abend eingetroffene Vertreter der deutschen Gewerkschaften, Knoll, lehnte den Völkerbund in seiner gegenwärtigen Verfassung ab. Der beste Teil des Friedensvertrages sei das internationale Arbeitsamt, nur ließe die Entente diese Einrichtung nicht zur Wirksamkeit kommen. Deutschland sei nicht als gleichberechtigter Kontrahent zugelassen. Man habe alles getan, um eine Zulassung der deutschen Arbeitervertreter unmöglich zu machen. Daher dürfe die Arbeiterschaft von dem Völkerbund nichts erwarten.

Berlin, 4. Okt. Den „Vol. Parl. Nachr.“ wird von zuständiger Stelle geschrieben:

„An die amtliche Mitteilung über die weitere Bewirtschaftung des Schmalzes nach dem 1. Oktober ist in einem Teil der Presse die Vermutung geknüpft worden, daß es sich bei dem „Ueberwachungsausschuß“ für die Einfuhr von Fleisch und Schmalz“ nur um eine Namensänderung der Reichsfettstelle bzw. um eine „umgestaltete Kriegsgesellschaft“ handle. Diese Auffassung ist irrtümlich. Die Reichsfettstelle besteht bekanntlich schon wegen der Milchbewirtschaftung weiter und die Verteilung von 50 Gramm Speisefett wird vorläufig wie bisher weiter von ihr vorgenommen. Der neue Ueberwachungsausschuß dagegen, der sich aus Vertretern der Fachgruppen, des Vieh-, Fleisch- und Fetthandels sowie zwei Regierungsvertretern zusammensetzt, hat außer der Ueberwachung der Fleischzufuhr auch die Ueberwachung der Schmalzeinfuhr durch den freien Handel, soweit dieser den die erwähnten 50 Gramm übersteigenden Bedarf deckt, zur Aufgabe. Die vorläufige weitere Verteilung von 50

Gramm Schmalz ist notwendig.“ — Diese Auslassung bildet eine treffliche Illustration zu dem von dem Finanzminister verkündeten Sparmaßsprinzip. Eine Ueberwachungsstelle für 50 Gramm Schmalz ist allerdings eine Notwendigkeit, die jeder einsichtige Mann, der sein Frühstück liebt, anerkennen muß. Er wird dadurch gleichzeitig zu einer interessanten Beschäftigung angeregt, nämlich auszurechnen, wieviel die mehr oder weniger vornehmen Klubfessel der neuen Stelle sowie die darin befindlichen Beamten jedes Gramm des Zwanzigstel Kilo belasten.

Berlin, 3. Okt. Wie die „P.-P. Nachr.“ von zuständiger Stelle erfahren, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Einfuhrerlaubnis für 500 000 Liter Rum und Arrak im Werte von circa 25 Millionen Mark erteilt. Mit der Durchführung der Verteilung hat der Reichsminister den Verband deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten in Berlin beauftragt. Unterchieden werden wird zwischen Einfuhrrechten und Bezugsrechten. Einfuhrrechte werden nur solche Firmen und Genossenschaften erhalten, die in den Jahren 1913 und 1914 eine Mindestmenge von 2000 Liter Rum und Arrak unmittelbar von ausländischen Firmen für eigene Rechnung bezogen oder 4000 Liter verarbeitet haben. Bezugsrechte stehen Großhändlern und Verbrauchern zu und sind jedesmal besonders festzusetzen. Auch hierfür ist der durchschnittliche Verbrauch des Kalenderjahres 1913/14 maßgebend; den Einfuhrfirmen wird zunächst ein Einfuhrrecht von 15 Prozent der nachgewiesenen durchschnittlichen Jahresbezüge der Jahre 1913/14 zugeteilt.

mz. Berlin, 30. Sept. Zu großen Färmischen und einer großen Schlägerei kam es gestern abend im großen Saal des Lehrervereins, wo die Oberösterreichische Volkspartei eine Versammlung abhielt. Als einer der Redner die Forderung aufstellte, nur ein autonomes, selbständiges Oberösterreich, in dem Deutsche und Polen gleichberechtigt seien, könne dem augenblicklich unhaltbaren Zustande ein Ende machen, erhob sich ein furchtbarer Lärm. Der Redner wurde von einer Anzahl Zuhörer angegriffen. Dem Vorsitzenden Thomalla schiederte man aus der Menge ein Bierglas mit solcher Wucht an den Kopf, daß er blutüberströmt zusammenbrach. In dem sich entpinnenden Gaudium wurden schließlich die hauptsächlichsten Angreifer, die in der Minderzahl waren, in einen kleinen Nebenraum gedrängt, wobei mit Stühlen, Tischen und Biergläsern aneinander eingeschlagen wurde. Inzwischen erschienen die alarmierte Sicherheitswehr, die dem Tumult ein Ende machte. Eine Anzahl junger Leute, die zugeben, Polen zu sein und den Angriff bewerkstelligt zu haben, konnten festgenommen werden. Insgesamt wurden sieben Personen, darunter eine Frau, zur Kasse gebracht.

Der Stand der Mark.

mz. Mainz, 1. Okt. Die Mark ist heute allgemein um eine Kleinigkeit besser. Sie notierte in Zürich 10,10 (gestern 9,95), in Amsterdam 5,20 (5,10), in Stockholm 8,20 (8,15) und in Paris zu Beginn 24,25 und bei Schluß 24 1/2 (23,75 bzw. 24). In Berlin wurden die ausländischen Zahlungsmittel etwas ermäßigt gehandelt.

mz. Mainz, 2. Okt. Heute notierte die Mark an den neutralen Börsen eine Kleinigkeit höher; in Zürich 10,20 (gestern 10,10), in Amsterdam 5,25 (5,20) und in Stockholm 8,30 (8,20). In Paris dagegen war sie etwas niedriger mit 24,25 (24,50). In Berlin wurden die ausländischen Zahlungsmittel fast durchweg um einige wenige Punkte herabgesetzt, nur der französische und der belgische Franken notierten etwa zwei Punkte höher.

Vom Rapp-Butsch.

Berlin, 3. Okt. Nach einer Mitteilung der Telegraphenunion ist das Verfahren wegen Hochverrats gegen den Konteradmiral a. D. v. Ledebow, den früheren Leiter der Flieger Sicherheitspolizei Major a. D. v. Winterfeldt, Bürgermeister a. D. Lindemann (Kiel), Landrat a. D. Freiherr Voer von und zu Steinfurt in Dadersleben und gegen den früheren Regierungspräsidenten von Pauli (Schleswig) vor dem Reichsgericht eingestellt. Die angeordnete Vermögensbeschlagnahme ist aufgehoben. In der Begründung heißt es, daß nach den angestellten Ermittlungen der Angeklagten weder Urheber noch Führer eines Hochverratsunternehmens im Sinne des § 1 Absatz 2 des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 1. August 1920 gewesen sind. Dem Antrag des Angeklagten v. Winterfeldt auf Wiederaufnahme des Verfahrens konnte nach Ansicht des Senats nicht stattgegeben werden.

Drohungen der Bergarbeiter

Dresden, 2. Okt. Eine Konferenz der Vertrauensleute des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands sowie aller sächsischen Steinkohlengruben forderte von der Reichsregierung die sofortige Herabsetzung der Kohlepreise auf 15 bis 20 Mark für den Festener unter der Drohung, daß sich sonst die Arbeiterschaft die Kohle selbst einfach vom Erzeuger selbst holen werde. Weiter soll der Reichsregierung noch mitgeteilt werden, daß die Bergarbeiter nur dann von weiteren Lohnforderungen absehen würden, wenn ein sofortiger allgemeiner Preisabbau eintrete.

Der letzte Akt

Berlin, 3. Okt. Laut einer Meldung der „D. Allg. Ztg.“ aus London kamen die Kreuzer „Lübeck“, „Stettin“, „Danzig“, „Ansbach“, „Rügen“ und eine Anzahl kleinerer Fahrzeuge in North of Forth an. Die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Abgabe deutscher Kriegsschiffe sind damit endgültig erfüllt.

Die Brüsseler Finanzkonferenz.

mz. Brüssel, 1. Okt. Von unserem Sonderberichterstatter wird uns über die gestrige Sitzung der Finanzkonferenz berichtet: Der heutige Sitzungstag war der allgemeinen Besprechung der Frage der internationalen Handelsbeziehungen gewidmet. Hierbei hielt Vizepräsident de Wouters (belgischer Handelsminister) die einleitende Rede. Er stellte die wirtschaftlich starken Kontinente, zu denen er Amerika und Asien zählte, dem wirtschaftlich geschwächten Kontinent Europa gegenüber. Die Wirkungen des Krieges und die noch anhaltenden tatsächlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben gaben dem internationalen Handel eine ganz neue Richtung. Es unterliege keinem Zweifel, daß der internationale Handel hierbei durch die industriell starken und damit führenden Staaten beeinflusst werde. Als wichtigste Voraussetzung für die Wiederaufrichtung des internationalen Handels bezeichnete der Redner die Freiheit des wirtschaftlichen Lebens. Einschränkende Maßnahmen müßten abgebaut werden. Die anschließende Aussprache brachte keine wesentlich neuen Gedanken zum Ausdruck. Ein Vertreter Italiens betonte das Recht aller Staaten auf Rohstoffe. Ein spanischer Delegierter sprach sich für die Erleichterung der Paz- und sonstigen Grenzvorschriften aus. Bemerkenswert ist noch, daß der amerikanische Vertreter bemüht war, die von dem belgischen Handelsminister gekennzeichnete günstige Wirtschaftsverfassung Amerikas abzuschwächen. — Auch für die Fragen des internationalen Handels wurde ein besonderer Ausschuß gebildet, der über alle Einzelheiten zu beraten hat. Diefem Ausschuß gehört von deutscher Seite Bankdirektor Orbig an.

mz. Brüssel, 1. Okt. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die heutige Sitzung war der Untersuchung über die internationale Kreditfrage gewidmet. Zu dieser bedeutsamen Frage hielt der französische Vizepräsident Celler das einleitende Referat. Er hob hervor, daß das Bedürfnis nach neuem Kapital groß sei und daß es sich nach doppelter Richtung zeige: Einmal müsse das Defizit in der Produktion gedeckt und zweitens die Zerstörungen des Krieges ausgemerzt werden. Dem großen Bedarf an Kapital liehe auf der einen Seite die Knappheit gegenüber, die durch eine Reihe von äußeren Umständen verstärkt worden sei, so beispielsweise durch die Beschränkung des internationalen Kapitalverkehrs. Celler ist überzeugt, daß der Kapitalmarkt erst dann wirklich neuener werde, sobald die Staatsfinanzen, der internationale Handel und das Geldwesen wieder in Ordnung seien. Vorläufig müsse man sich mit Ersatzmitteln behelfen. Es sei in dieser Richtung u. a. auf kurzfristige Anleihen zu verweisen, die für Rohstofflieferungen gewährt würden und aus dem Erlös der verkauften Fertigfabrikate gedeckt werden müßten. Es ist auch noch hervorzuheben, daß Celler für eine neutrale Institution eintrat, die über die Fragen der internationalen Kapitalanlage dem Sparrer Auskunft erteilt. In der nachfolgenden Besprechung verbreitete sich der belgische Ministerpräsident über seinen Vorschlag, eine internationale Bank zu gründen, die durch Uebernahme von Obligationen die Mittel zum Wiederaufbau schaffe. — Die Nachmittagsitzung brachte die noch ausstehenden Berichte über die Finanz- und Wirtschaftslage einzelner Delegationsländer. Es sprach zunächst der Vertreter Rumäniens und dann der Brasilien. Während das erstere Land ein ungünstiges Bild zeigte, weist Brasilien alle Anzeichen eines wirtschaftlich gefestigten Staates auf. Für die französische Delegation sprach Cheysson. Sein Bericht ist insoweit bemerkenswert, als er die eigenen Anstrengungen Frankreichs hervorhebt, die Frankreich für den Wiederaufbau gemacht habe. Es seien hierfür rund 21 Milliarden Franken angeworfen worden. Dabei wird aber nicht sonderlich erwähnt, daß auch Deutschland für diesen Wiederaufbau sein Budget mit zahlreichen Milliarden belastet hat und daß Frankreich nach dem Friedensvertrag alle Kosten dieser Wiederaufbauarbeiten zu tragen hat. An sich bietet die französische Finanzlage im Vergleich zu der Deutschlands ein günstigeres Bild, insofern sich im Laufe des Jahres die Ausgaben in bedeutend engeren Grenzen gehalten haben und Frankreich sogar einen Teil seiner auswärtigen Schuld decken konnte. Für die italienische Delegation sprach der Senator Ferrari. Hier ist die finanz- und wirtschaftspolitische Lage als ernst zu bezeichnen, die durch wirtschaftliche und soziale Kämpfe noch verschärft wird. Schließlich sprachen Vertreter der griechischen, litauischen und chinesischen Delegation.

Rückgabe deutschen Eigentums in Italien

Rom, 2. Okt. Die „Fr. Ztg.“ meldet: Die Regierung beschloß, das kleine deutsche Eigentum bis zu 50 000 Lire jetzigen Wertes herauszugeben.

In Betracht kommen Barsummen, Handwerkszeug und kleine Immobilien. Die Maßnahme soll sozialen Charakter haben. Die Behandlung des größeren Eigentums ist noch nicht geklärt. Die Verhandlungen darüber schweben noch.

Der Würzburger Katholikentag.

Papst Benedikt XV. hat an den Fürsten Alois zu Loewenstein durch den Kardinalstaatssekretär folgende Antwort auf die Kundgebung des Würzburger Vertretertages der katholischen Verbände Deutschlands richten lassen:

Rom, 20. Sept. 1920. Der Heilige Vater hat mit großem Wohlwollen den Ausdruck der Ergebenheit, Liebe und Dankbarkeit entgegengenommen, den Eure Durchlaucht und alle Teilnehmer des Deutschen Katholikentages, die dort zur Beratung versammelt sind, dem Stellvertreter Jesu Christi überhandt haben. Das höchste Lob erteilt Se. Heiligkeit Euch für Euren Eifer, dafür Sorge zu tragen, daß Christi Kirche sich immerfort der absoluten, sichtlich erkennbaren und gesicherten Freiheit erfreue, in der ihr göttlicher Stifter sie begründet hat. In diesen für den hl. Apostolischen Stuhl überaus schweren Zeiten hat der Heilige Vater tiefsten Trost geschöpft aus der starken Versicherung Eurer Treue. Se. Heiligkeit dankt dafür und spendet Eurer Durchlaucht und allen dort versammelten Teilnehmern des Vertretertages in größter Liebe den Apostolischen Segen. Kardinal Gasparri.

Oesterreichs Zukunft

Wien, 3. Okt. Bei der dritten Lesung des Bundesverfassungsgesetzes nahm die Nationalversammlung einstimmig die von den Großdeutschen eingebrachte Entschließung an, in der die Regierung aufgefordert wird, spätestens innerhalb sechs Monaten eine Volksabstimmung über den Anschluß an das Deutsche Reich anzuordnen.

Selbstmordversuch des türkischen Thronfolgers

Paris, 3. Okt. Savas verbreitet eine Meldung der Associated-Press aus Konstantinopel, der türkische Thronfolger Abdul Mejid habe einen Selbstmordversuch aus Verzweiflung über die Lage des Landes unternommen.

England und Rußland.

London, 2. Okt. „Daily Herald“ meldet, daß sich die Vertreter Großbritanniens und Sowjet-Rußlands bereits über folgende Punkte des russisch-russischen Abkommens geeinigt haben: 1. Waren jeder Art, mit Ausnahme von Kriegsmaterial, können nach Rußland ein- oder ausgeführt werden. 2. Die Schifffahrt beider Länder fällt unter das allgemeine internationale Gesetz. 3. Jeder Staat kann nach dem Gebiet des anderen Handelsagenten schicken, die alle Vorrechte genießen, welche gewöhnlich den Konsuln zugebilligt werden. 4. Die britische Regierung sieht von der Befreiung aller Waren ab, die Privatpersonen, öffentlichen Staatsangehörigen gehören. 5. Die Frage der Schulden der zaristischen Regierung wird der Friedenskonferenz vorbehalten. 6. Beide Regierungen können das Abkommen mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist kündigen. — Die russische Delegation hat bereits große Mäntel von Webwaren und Maschinen anverkauft. Die erste Bezahlung wird in Gold erfolgen, das bereits in einer Bank in Neval deponiert ist. Dieses Gold wird in England zum Marktwert (20 Prozent über Nominalwert) anzuweisen werden nach Abzug der Transport- und Versicherungskosten.

Der russisch-polnische Krieg.

Warschau, 3. Okt. (Savas.) Der polnische Generalstabsbericht vom 3. Oktober befragt: die Ueberbleibsel der Sowjetarmee zu vernichten, die sich nach der Niederlage der letzten Tage zurückziehen, haben mehrere Abteilungen auf der Verfolgung des Feindes den Serwez-Fluß überschritten. Wir haben Grom-Grodno besetzt. Der Feind, der sich vergangen Woche vor Minsk, Brest-Litowsk und Zaslavl befand und eine Wiederaufnahme der Offensive beabsichtigte, wurde 100 bis 150 Kilometer zurückgeworfen. Er erlitt ungeheure Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen und verlor bedeutendes Kriegsmaterial. 16 Sowjet-Divisionen wurden vollständig vernichtet und deren Ueberbleibsel mußten sich nach schweren Verlusten in den letzten Kämpfen zurückziehen. Auf dem Rückzug hielten die Archive der dritten und vierten Armee sowie mehrerer Divisionen (21., 25., 27. und 31. sowie Brigaden, Regimente und Bataillone in unsere Hände. Im Verlaufe der letzten Operationen erbeuteten wir 42.000 Gefangene, 180 Kanonen, 150 Maschinengewehre, 18 Panzerautos, 3 Panzerzüge, 3 Flugzeuge, 31 Lokomotiven, 100 Waggon, 10 Autos, mehrere Parks und zahlreiches Kriegsmaterial, das auf die Offensive des Feindes hinweist. In diesen Kämpfen zeigten unsere Truppen großen Heldennut.

Von der russischen Flotte.

Wien, 3. Okt. Wie die Nationalistische Zeitung meldet, wird von sachkundiger Seite behauptet, daß die bolschewistische Flotte ohne jeden Wert sei. Bei Kronstadt lägen vier Schlachtkreuzer, ein Panzerkreuzer, zwölf Torpedojäger und acht U-Boote. Da ihre Maschinen zerbrochen seien, seien die Schiffe vollständig unbrauchbar. Die Versuche, sie zu überqueren, seien gescheitert.

nisslos geblieben. Der Chef der Admiralität habe Nikolow abgesetzt und an seiner Stelle eine ganz unbekannte Persönlichkeit ernannt.

Bermischte Nachrichten.

* Rudesheim, 4. Okt. Der hiesige „Katholische Frauenbund“ hat seinen sozialen Schulungskurs für Frauen und Jungfrauen beendet. Er war von durchschlagendem Erfolg, denn keine der den Vorträgen aufmerksam lauschenden Frauen konnte sich der Einsicht entziehen, daß sie — jede in ihrem Kreis — Allen Alles werden muß. Das betonte Fräulein Oberlehrerin Breuer in dem Vortrage am Mittwoch Nachmittag, der die idealen Ziele des kath. Frauenbundes nochmals ausführlich behandelte, immer wieder und wieder. Religiöse Vertiefung, Seelenarbeit an sich und Andern, gegenseitige Liebe und Hilfsbereitschaft seien die Merkmale der edlen Frauenbewegung, die der kath. Frauenbund vertritt und die allein die Retterin unserer Zeit werden kann. Der „Mitterabend“ im großen Saale des Gesellenhauses erzielte ein volles Haus. Fräulein Waas aus Geisenheim trug mit brillanter Technik eine Klavierkomposition vor und begleitete die Gesänge in feinsinnigster Weise. Fräulein Trude Schäfer, Konzertsängerin aus Wiesbaden, bereicherte durch ihre eble Kunst allen Anwesenden einen hohen Genuß. Ihre schöne wohlgeschulte Sopranstimme im Vereine mit einem alänghenden Vortrage brachte die Rosearie aus dem Glöckchen des Eremiten und Regers süßen „Maria Wiegenlied“ nebst Kinderlieder von Leo Blech zu voller Geltung. Unsere einheimischen Künstler Herr Marfilus (Violine) und Herr Trapp (Klavier) vervollständigten das musikalische Programm durch ihre feinen Leistungen, die große Begabung erkennen ließen. Es gereichte den jungen Musikern, Damen und Herren, zu großer Ehre, daß sie ihre Kunst in so uneigennützig Weise der guten Sache zur Verfügung stellten. Es sei ihnen auch an dieser Stelle ein herzliches „Vergelt's Gott“ gesagt. Im Mittelpunkt des Abends stand natürlich der 1 1/2 stündige Vortrag von Fräulein Breuer. Ihr Thema: „Mutter und Kind“ führte auf Gebiete, die für unsere Mütter heute nicht mehr zu umgehen sind. Mögen alle Anwesenden ihre Worte verstanden und beherzigt haben, um wirken zu können aus voller Seele und mit apostolischem Eifer an dem Schönen, was uns der Herrgott gegeben hat: der reinen Kinderseele. So darf denn der kath. Frauenbund, Zweigverein Rudesheim, hochbefriedigt auf sein erstes schönes Apostelwerk zurückblicken, bei dem, so hoffen wir, manches Samenkorn auf guten Boden gefallen sein möge. Allen weiteren Veranstaltungen des jungen regen Vereins sehen wir mit Erwartung entgegen.

* Rudesheim, 20. Okt. Wie das Finanzamt mitteilt, werden die Steueranforderungsscheine für die Reichseinkommensteuer 1920 in nächster Zeit hinausgehen. Diese Steueranforderung ist nur als vorläufige zu betrachten, da sie daselbst Einkommen wie bei der Reichsveranlagung für 1919 zugrunde legt. Die endgültig für 1920 zu zahlende Reichseinkommensteuer wird erst nach Ablauf des Jahres 1920 festgestellt. Da viele Personen im Jahre 1920 ein höheres Einkommen gehabt haben als der Steuer für 1919 zugrunde liegt, so werden diese Personen noch mehr oder minder große Nachzahlungen zu machen haben und empfiehlt sich deshalb, schon jetzt in diesen Fällen entsprechend größere Einzahlung auf die Steuer zu machen, deren ungefähre Höhe auf dem Finanzamt zu erfahren ist.

* Rudesheim, 4. Okt. (Aufhebung der Zwangswirtschaft für Knochen- und Leimleder.) Nach einer Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums wird die Zwangswirtschaft für Knochen- und -Erzeugnisse, insbesondere für Knochenfette und andere fetthaltige Stoffe, sowie für Leimleder aufgehoben.

* Rudesheim, 4. Okt. (Einführung der Rhein-schiffahrt.) Die Köln-Düsseldorfer Gesellschaft stellt den Personen- und Güterverkehr ein. Zur Begründung heißt es in einem Rundschreiben an die Agenturen: „Der Güterverkehr ist ein so geringer geworden, daß die Einnahmen hieraus die gewaltigen Betriebskosten schon lange nicht mehr decken. Da nun auch keine Aussichten auf baldige Besserung zu erkennen sind, sehen wir uns veranlaßt, den Güterverkehr bis auf weiteres einzustellen.“

Vorch, 4. Okt. Heute hat in unserer und der Vorchhäuser Gemarkung die allgemeine Weinlese ihren Anfang genommen.

Vorchhausen, 1. Okt. Die Lese der roten Trauben brachte einen zufriedenstellenden Ertrag. Die Qualität ist als gute zu bezeichnen. Die Trauben waren sehr begehrt und erzielten Preise von 3.50 Mk. für Portugieser und 4 Mk. für Spät- oder Klebrot.

Johannisberg, 1. Okt. Vergangene Woche hat sich hier ein entsetzliches Unglück ereignet. Der 34-jährige hoffnungsvolle Sohn des Kaufmanns Wendlin

Klein begleitete einen Gast seines Vaters zur Jagd. Auf bis jetzt noch nicht geklärte Weise wurde das arme Kind von einem Schrotsguß in Kopf, Hals und Brust getroffen und sterbend in die Jagdhütte im Geisenheimer Wald gebracht, wo ein Franziskanerpater aus Marienthal die letzte Hilfe leistete.

Mainz, 2. Okt. 12.000 Arbeiter aus Mainz und Gustavsburg veranstalteten ruhige Demonstrationen auf die Landorte des Kreises Mainz. Sie forderten weitestgehende Kartoffellieferung zu 20 Mark einschließlich der Anfuhr. Die Landwirte erklärten sich für einverstanden und deuteten eine mögliche weitere Ermäßigung an.

Koblenz, 1. Okt. Zu dem Brande der Burg, Elz wird noch gemeldet: Die Dächer der Burg sind nahezu sämtlich eingestürzt und haben große Gesteinsmassen begraben. All die schönen mittelalterlichen Skulpturen am ersten und zweiten Stockwerk sind vernichtet. Nur die Mauern des Erdgeschosses haben der Feuersglut Widerstand geboten. Leider ist auch der prachtvolle Rittersaal gänzlich ausgebrannt. Zahlreiche Kostbarkeiten hat man zum Glück noch im Keller bergen können, wo sich auch die Bibliothek, deren Wert sich auf Hunderttausende beziffert, befindet. Da genaue Pläne und Zeichnungen der Burg vorhanden sind, wird sie voraussichtlich in neuer Schönheit ersehen, da der Besitzer zum Glück nicht zu den Unbemittelten gehört und auch das Reich das größte Interesse am Wiederaufbau der einzigartigen Burg hat.

Kassel, 1. Okt. Das Kommando der Reichswehrbrigade 11 wurde gestern aufgelöst. Die Befugnisse des Militärbefehlshabers über Kassel und die umliegenden Kreise gingen auf das Kommando der 3. Kavalleriedivision über. Die Auflösung des Kommandos ist eine Folge der Heeresverminderung die heute eintreten muß.

Bekanntmachung.

Nach § 5 der Verordnung vom 21. Februar 1919 (R. G. Bl. S. 243) betr. Neuaussstellung von Zulassungsbefcheinigungen für Kraftfahrzeuge, ist für die zu erteilenden Zulassungsbefcheinigungen für Kraftfahrzeuge hellgrünes Papier zu verwenden.

In dem besetzten Teile des Regierungsbezirks Wiesbaden sind bisher anstelle der grünen Zulassungsbefcheinigungen Zwischenzulassungsbefcheinigungen auf welchem Papier von dem Polizeipräsidenten in Wiesbaden und den Landräten des besetzten Teiles des Regierungsbezirks Wiesbaden auf Grund der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 3. April 1919 ausgestellt worden.

Diese Zwischenzulassungsbefcheinigungen verlieren mit dem 1. November d. J. ihre Gültigkeit.

Kraftfahrzeuge, die nach dem 1. November d. J. auf öffentlichen Wegen und Plätzen verkehren, ohne daß der Eigentümer des Kraftfahrzeugs sich im Besitz der grünen Zulassungsbefcheinigung befindet, können für verfallen erklärt werden, gleichgültig, ob sie dem der Verordnung Zuwiderhandelnden gehören oder nicht. Die grünen Zulassungsbefcheinigungen werden jetzt in dem Autobureau der Regierung in Wiesbaden ausgestellt und werden vom 1. Oktober d. J. ab gegen Rückgabe der Zwischenzulassungsbefcheinigung durch die Ortspolizeibehörde ausgetauscht.

Indem wir die hiesigen Kraftwagenbesitzer ausdrücklich auf die Verordnung vom 21. 2. 1919 hinweisen, ersuchen wir möglichst umgehend für die Erlangung der grünen Zwischenzulassungsbefcheinigung Sorge zu tragen.

Rudesheim, den 29. September 1920.

Die Polizeiverwaltung: Neumann.

Gemeinnützige Nassauische Möbelvertriebs-Gesellschaft m. b. H., Wiesbaden, Mühlgasse 7

Lieferung gebiegener

Rühen-, Schlaf- und Wohnzimmer-Einrichtungen

für Kriegsteilnehmer und Winderbemittelte Teilzahlung ohne Preis-erhöhung gestattet

Teilausstellung in Rudesheim a. Rh. bei: Sattlermeister W. Thomas, Oberstraße.

Ringofensteinen

liefert billigt Waggonweise

A. Maurer, Biebrich a. Rh.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Rüdesheim und Umgebung beehre ich mich, ergebenst anzuzeigen, dass ich ab 1. August 1920, hier Bleichstrasse Nr. 11 meine

Kohlenhandlung

wieder eröffnet habe.

Gleichzeitig erlaube ich mir mitzuteilen, dass ich das von meinem Vater bisher geführte

Holz-, Baumaterialiengeschäft und Eiswerk

ebenfalls auf eigene Rechnung übernommen habe und unter der Firma **Toni Winau** weiterführen werde.

Meine Lager in Holz und Baumaterialien sind an Ausdehnung und Vollständigkeit den Friedenslagern gleich und bitte bei Bedarf um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll!

Toni Winau.

Rüdesheim a. Rh., den 20. September 1920.

Der eigene Arzt im Viehstalle

ist jeder Landwirt oder Siedler, der das Buch

Des Landwirts Ratgeber in guten und bösen Tagen

besitzt. Die Ober- und Stabsveterinäre **Dr. Magerl** und **Dr. Geibel** sowie der Pflanz nsachverständige **Dr. Gehrman** geben in dem soeben in dritter neubearbeiteter Auflage herausgegebenen Werke alle Krankheitsanzeichen und die notwendigen Mittel an, die der Landwirt sofort gebrauchen kann, um sich vor großen Verlusten im Viehstande zu schützen, was besonders wichtig ist, wenn der Tierarzt weit entfernt wohnt. Das gut gebundene Buch ist mit **130 Abbildungen** und **3 farbigen zerlegbaren Modellen** vom Pferd, der Kuh und dem Schwein ausgestattet und **360 Seiten stark**. Die

Anschaffung teurer landw. Werke wird dadurch überflüssig.

Wir sind in der angenehmen Lage, das jedem Landwirt unentbehrliche Buch an unsere Leser für nur **21.60 Mark** abzugeben, solange der Vorrat reicht.

Es hat schon manchem Viehbesitzer hunderte von Mark an Schaden erspart und ist von Praktikern klar und leicht verständlich geschrieben. Schönstes Geschenk für jeden Landwirt und Siedler, vorrätig in der Geschäftsstelle des „**Rheingauer Bote**“ (A. Meier's Buchdruckerei).



**Küchenstreifen - Schrankpapier
Torten- und Butterbrodpapier**
empfiehlt
A. Meier, Kirchstrasse, Rüdesheim.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche sagen herzlichen Dank.

Josef Vianden u. Frau

Anna, geb. Wippel.

Rüdesheim, 4. Oktober 1920.

Allen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl!

Grösste Auswahl!

Billigste Preise

Glasierte Wandplatten Bodenplatten

einfarbig und schöne bunte Muster.

**Stallplatten :: Tonrohre
Weissglasierte Spülsteine.**

Emil Köbig, Wiesbaden

Adelheidstr. 54 Telefon 2402

Verlegen durch geübte Plattenleger.

Prompte, zuverlässigste Lieferung auch der kleinsten Mengen.

Plan & Bollenbach Bingen am Rhein

Rathausstrasse 15

Fernsprecher 506

empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Rorken, Rapseln, Rork- und Rapselmaschinen, Facktag, Fackfitt, Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundblappen, Fackbleche, Fack- und Flaschenbürsten, Filtriermaterial etc.

Streng reell!

Gebild. Herr, Mitte 40er J., Kaufmann, (Weinsachmann) kath. wünscht m. ebenf. Fräulein m. best. Ruf und Vergangenheit zwisch spät. Ehe bekannt zu werden. Auch Einbeirat erwünscht. Damen, auch v. Lande, v. heit. Wesen u. a. gutsituiert. Familie, w. sich ein gem. Heim begründen wollen, werden gebeten, vertrauensvolle Angaben nebst Bild, welch. zurückges. wird, unter **Streng reell!** an Postfach 19 Rüdesheim (Rhein) zu senden. Strengste Diskretion. zugesichert, anonym zwecklos.

Auto-Reparatur-Werkstätte Alb. Crone Rüdesheim a. Rh., Langstr. 1

empfeht sich in allen vorkommenden Reparaturen an Kraftwagen, Boots- und stationären Motoren für Benzin, Gas und Oel aller Systeme.

Reparaturen an Maschinen aller Art.

Heizungsanlagen. Annahme von Dreharbeiten.

Autogen Schweißen.

Ankauf von Metallen zu höchsten Preisen.

A. Meier's Buchdruckerei

Anfertigung

Sämtlicher

Drucksachen

für

Geschäfte und Private.

Rüdesheim am Rhein

Kirchstrasse.

Zahnpraxis Elly Lange

Tel. 303.

Rüdesheim.

Markt 13.

Sprechstunden von 9—12 und 2—5 1/2 Uhr

Sonntags auf vorherige Anmeldung.

Zahnziehen, auch schmerzlos.

Anfertigung

sämtlicher Füllungen u. Kautschukarbeiten.

— Spez.: Moderner gaumenloser Zahnersatz. —
Schonendste Behandlung.

Für die Reifezeit empfehlen wir die Benutzung unserer neuen ersklaffigen Tresor-Anlage zur Aufbewahrung von Wertgegenständen in Paketen, Kisten, Koffern. Befichtigung der Anlage bereitwilligst gestattet.
Städtische Sparkasse Viebrich.

Frische

Heringe

wieder eingetroffen!
Stück 90 Pfg.

Petry,

Kolonialwaren,
Rüdesheim, Neustraße.

Zu den
höchsten Tagespreisen
kauft stets

**Lampen
Knochen
altes Eisen**

u. s. w.
Dr. Röcklein
Feldstraße.